

«Unverzeihliches Spiel» mit Opfern

VERDINGKINDER fak. Am Donnerstag entschuldigten sich Bundesrätin Simonetta Sommaruga und andere Vertreter bei ehemaligen Verdingkindern, Zwangssterilisierten und weiteren Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen für das ihnen zugefügte Unrecht. Doch diese wollen mehr als schöne Worte. Sie fordern eine finanzielle Entschädigung im Rahmen von 3,2 bis 4 Milliarden Franken. Wer die zahlen soll, ist unklar. In Frage kämen der Bund, die Kantone, die Gemeinden, die Kirchen und der Bauernverband – aus Sicht der Opfer haben sie alle zum Unrechtssystem beigetragen.

Die Verantwortlichen geben sich jedoch zurückhaltend. «Grösste Vorbehalte» etwa hat Hannes Germann, Schaffhauser SVP-Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbands. «In Einzelfällen müssten betroffene Gemeinden selbst tätig werden», sagt er. Der Verband habe weder Geld noch eine direkte Verantwortung. Ähnlich äusserte sich Bauernpräsident Markus Ritter in der «Neuen Luzerner Zeitung» am Samstag. Auch die Schweizerische Bischofskonferenz gibt an, über keine finanziellen Mittel zu verfügen. Es gehe doch vor allem darum, den Opfern zuzuhören. Das wolle man am eingerichteten runden Tisch tun. Auf diesen verweist auch die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren. Überdies hoffen alle, dass der Bund allfällige Zahlungen übernehmen wird. Doch davon sind bürgerliche Parlamentarier nicht begeistert.

«Runder Tisch bringt nichts»

«Die Frage der finanziellen Entschädigung ist unverhandelbar», sagt hingegen Walter Zwahlen, Präsident des Opferverbands Netzwerk Verdingt, der das sich abzeichnende Hickhack als «unverzeihliches Spiel mit den Opfern» empfindet. Unter diesen Voraussetzungen bringe der runde Tisch «rein gar nichts», so Zwahlen. Dessen erste Sitzung soll noch vor der Sommerpause stattfinden. Der Urner alt Ständerat Hansruedi Stadler, Delegierter des Bundesrats, hofft, dass «gemeinsame Lösungen» möglich sind.